



**Freie
Demokraten**

FDP Frankfurt

ANTRAGSBUCH

MITGLIEDERVERSAMMLUNG FDP FRANKFURT

7. MÄRZ 2024

Anträge

- (1) Sofortprogramm zur schnellen Sanierung von Klassen- und Fachräumen in Frankfurter Schulen
- (2) Gründung einer lokalen Arbeitsvermittlungagentur für Bürgergeldempfänger und arbeitsfähige Migranten zur Stärkung der lokalen Wirtschaft
- (3) Prüfung der Übernahme von Signa-Immobilien in der Innenstadt
- (4) Demokratiefördergesetz ablehnen
- (5) Frankfurter Wasserfälle - Echte Liquidität für den Frankfurter Finanzplatz
- (6) Europäische Kapitalmärkte stärken: Effizientere Quellensteuerverfahren und schnellere Rückerstattungen
- (7) Digitalisierung der Stadt Frankfurt am Main
- (8) Frankfurt Eurocity - EZB und AMLA in den Namen unserer Stadt
- (9) Kooperation mit Taiwan stärken
- (10) Kooperation Kommunale Wärmeplanung: Den Umbau der Wärmeversorgung machbar machen
- (11) Mitgliedschaft der Stadt im Bündnis „Seebrücke“ beenden und Verteilungsschlüssel der europäischen Asyl- und Migrationspolitik anwenden
- (12) Beschlüsse der Mitgliederversammlungen und deren Umsetzung digital zugänglich machen
- (13) Einstellung des Online-Portals der Stadt Frankfurt am Main zur Meldung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr
- (14) Frankfurt als Wirtschaftsstandort stärken - Standort- und Rahmenbedingungen, Umweltschutz und Nachhaltigkeit, Innenstadt und Einzelhandel

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: KFA Bildungspolitik, Schule und Wissenschaft

(1) Sofortprogramm zur schnellen Sanierung von Klassen- und Fachräumen in Frankfurter Schulen

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Frankfurt am Main nimmt eine längere und dauerhafte Schließung von Klassen- wie
- 2 Fachräumen an Frankfurter Schulen nicht mehr hin.
- 3 Daher fordert die FDP Frankfurt am Main von der Stadt Frankfurt am Main ein
- 4 Sofortprogramm zur schnellen Sanierung der o.g. Räumlichkeiten, die aufgrund von
- 5 Feuchtigkeit, Schimmelbefall, Einsturzgefahr und anderen Ursachen seit längerem nicht mehr
- 6 nutzbar sind.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Dr. Frank Baumgärtner

(2) Gründung einer lokalen Arbeitsvermittlungsagentur für Bürgergeldempfänger und arbeitsfähige Migranten zur Stärkung der lokalen Wirtschaft

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 1. Die FDP Frankfurt beauftragt ein Rechtsgutachten, ob und unter welchen rechtlichen
- 2 Voraussetzungen es möglich ist arbeitsfähige Bürgergeldempfänger und Migranten
- 3 durch eine lokale (PPP-) Gesellschaft zu betreuen zu lassen und zusammen mit den
- 4 lokalen Arbeitgebern in Jobs zu bringen.
- 5 2. Auf Basis des Rechtsgutachtens sollte die FDP Frankfurt sich dafür einsetzen eine
- 6 solche Modell-Agentur - bspw. in Form einer Private Public Partnerschaft - zu gründen
- 7 und zusammen mit suchenden Firmen - Lufthansa, Schenker, Fraport, WISAG,
- 8 Dussmann, Sicherheitsdienste, Gastrobetriebe, etc. - diese Menschen in Arbeit zu
- 9 bringen.

Begründung:

1.
Wir haben in Deutschland 5.5. Mio. Bürgergeldempfänger. Und wir haben ein zusätzliches nicht aktiviertes Erwerbspotential von Migranten, die nicht arbeiten, nicht arbeiten wollen oder teilweise auch nicht dürfen.

Auf der anderen Seite haben wir überall Arbeitskräftemangel. Fraport sucht 3.000 Arbeitskräfte, die WISAG bundesweit und auch in Frankfurt auch einige Tausend Mitarbeiter. Das Thema betrifft bspw. das Logistik- oder das Gastrogewerbe: Es lassen viele Gastronomen Tische leer, weil diese nicht genügend Arbeitskräfte in Küche und Service haben.

Die Wirtschaft nimmt Schaden auf Grund dieses Umstandes!

Gesucht werden wir NICHT NUR Fachkräfte, sondern auch Arbeitnehmer für ungelernte Tätigkeitsprofile. Auf Dauer ist es der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht zu erklären, wie dieses Ungleichgewicht auf Kosten der Steuerzahler weiter aufrechterhalten werden soll.

2.

Die DEUTSCHE TELEKOM AG gründete vor ca. 15 Jahren die Auffang- und Transfergesellschaft VIVENTO! Es wurden Beamte und auch nicht verbeamtete Arbeitnehmer in diese Gesellschaft transferiert und spezielle Jobs für diese Gruppen gesucht. So konnten mehrere Zehntausende Arbeitnehmer in Arbeit gebracht werden! Der Erfolg war vor allem dadurch begründet, dass individuell für einzelne Gruppen Jobs gesucht worden sind und das in Kooperation mit den jeweiligen aufnehmenden Behörden oder Arbeitgeber.

Trotz anfänglicher Bedenken wurde dieses Projekt erfolgreich durchgesetzt - alle Stimmen „.... das geht doch nicht“ wurden eines Besseren belehrt!

3.

Die Bundesagentur für Arbeit scheint diesen Match nicht in ausreichendem Maße hinzubekommen. Eine zu gründende "Private Public Partnerschaft-Gesellschaft" müsste mit anderen Betreuungs- und Vermittlungsangeboten - bspw. Hausbesuche und Gespräche, verpflichtender Besuche von Veranstaltungen der Arbeitssuchenden und Sanktionsmöglichkeiten bei Arbeitsablehnung - ausgestattet sein. Eine solche Gesellschaft sollte auch am Erfolg partizipieren und auf lokaler Ebene in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit operieren.

Ich bin überzeugt, daß so einige Zehntausende Menschen „freiwillig“ in Arbeit zu bekommen sind.

4.

Der Nutzen wäre enorm: 1. Die FDP positioniert sich als Partei, die pragmatisch der Wirtschaft hilft, 2. die Staatskassen werden entlastet und 3. die Wirtschaft profitiert maßgeblich davon und zuletzt: 4. Viele Dauerarbeitslose, die gerne arbeiten wollen, werden teilweise aus ihrer Situation befreit!

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Dr. Frank Baumgärtner

(3) Prüfung der Übernahme von Signa-Immobilien in der Innenstadt

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Frankfurt prüft, ob in Zusammenarbeit mit dem BUND und der KfW die
- 2 Voraussetzungen geschaffen werden können, um die Innenstadtimmobilien der insolventen
- 3 Signa-Gruppe zu übernehmen und durch Städtebaukonzepte die Belebung der Innenstädte zu
- 4 erreichen.

Begründung:

1.
Durch die Insolvenz der Signa Gruppe wurden nicht nur Steuergelder in hunderten von Millionen Euro verschleudert, sondern es wird lange dauern, bis diese Immobilien zur weiteren Nutzung durch den Insolvenzverwalter wieder frei gegeben werden. Viele Immobilien werden in den Innenstädten lange leer oder unfertig bleiben.

Bei vielen dieser Immobilien beträgt der Gesamtwert: Grundstückwert abzüglich Abrisskosten.

2.
Auf der anderen Seite veröden die Innenstädte, die großen Gebäude (Karstadt, Kaufhof, etc.) werden teilweise nicht mehr gebraucht. Städte und Kommunen suchen nach Lösungen, um die Innenstädte wieder zukunftsfähig zu machen. Konzepte scheitern häufig am Städtebau und an den Möglichkeiten der Baugestaltung.

3.

Übernehmen Kommunen diese Immobilien, ergeben sich daraus vielfältige Möglichkeiten der Städteentwicklung. Über Ausschreibungen und Ideenwettbewerbe können private Investoren angelockt werden, denkbar ist die Schaffung von „sozialem“ Wohnungsbau (Umwandlung von Gewerbe in günstige Wohnungen) oder die Realisierung komplett neuer Innenstadtkonzepten.

Die Finanzierung sollte zusammen mit dem Bund und der KfW erfolgen!

4.

Dies alles gilt für Mittelstädte und auch für Großstädte in den Randlagen.

Ich bin überzeugt, hier ist es sinnvoll, dass eine freiheitlich liberale Partei in die kommunale Stadtgestaltung mit eingreift. Und Städte und Kommunen dazu befähigt wieder gestalterisch tätig zu sein!!

5.

Der Nutzen dieser Maßnahme wäre: Die FDP positioniert sich als Partei, die pragmatisch der Wirtschaft und Kommunen hilft und somit zur Belebung der Innenstädte beiträgt.

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Volker Stein, Dr. Uwe Schulz, Hans-Joachim Otto

(4) Demokratiefördergesetz ablehnen

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Frankfurter Freien Demokraten fordern die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag auf,
- 2 dem sog. Demokratiefördergesetz nicht zuzustimmen.
- 3 Gleichzeitig fordern die Frankfurter Liberalen die Verhandlungen mit den Koalitionspartnern
- 4 Grüne und SPD zu diesem Gesetzesentwurf unverzüglich zu beenden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Falk Thore Gebhardt, Gabriele Schorn, Ralph Lange

(5) Frankfurter Wasserfälle - Echte Liquidität für den Frankfurter Finanzplatz

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Frankfurt am Main sprechen sich aufgrund der klimatischen
- 2 Erwärmung für die Schaffung von mehr natürlichen Wasserbegegnungsstellen im Frankfurter
- 3 Innenstadtgebiet nach dem Vorbild des Münchener Eisbachs aus.
- 4 Beginnend in Praunheim soll hierfür beispielsweise ein Seitenarm der Nidda durch den
- 5 Volkspark Niddatal, südlich des Friedhofs Bockenheim, über die Miquelanlage bis in den
- 6 Grüneburgpark geleitet werden.
- 7 Von dort aus könnte der Kanal unterirdisch durch das Westend geführt werden bis zum
- 8 Rothschildpark und den Frankfurter Anlagering. Entlang diesem soll es im sog. Nizza in den
- 9 Main münden.
- 10 An den verschiedenen Stellen im Niddapark, Grüneburgpark, dem Rothschildpark sowie im
- 11 Mündungsbereich sollen verschiedene Naherholungsangebote inklusive künstlich angelegter
- 12 Wasserfälle entstehen, die Wassersport wie Surfen, Rudern und co. ermöglichen. Dabei sollen
- 13 die Anlagen so natürlich wie möglich gestaltet werden, um die Aufenthaltsqualität erhöhen.
- 14 Die Planung setzt die konsequente Naturalisierung der Nidda und das Erreichen eines niedrige
- 15 Belastungsgrades voraus.

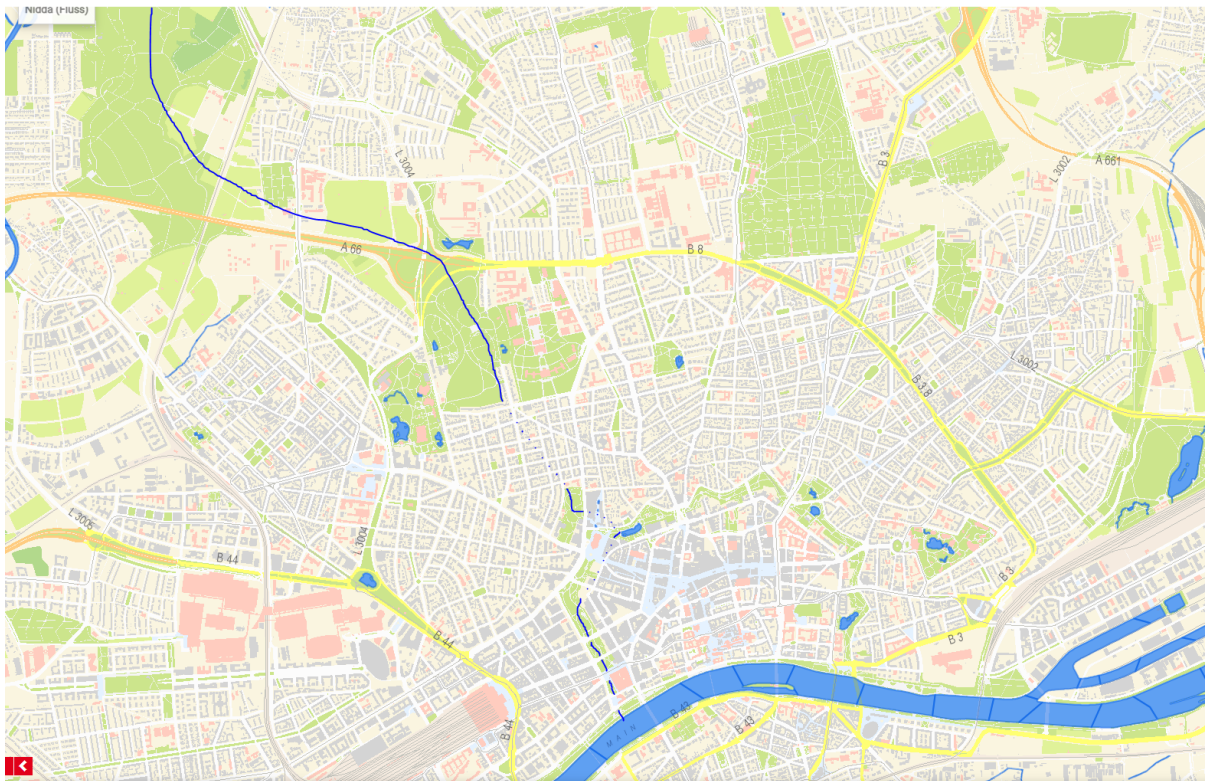
16 Bei der Planung sind insbesondere die Angebote der öffentlichen Förderung für die
17 klimatische Anpassung von Städten zu berücksichtigen.

18 Die betroffenen Ortsbeiräte, sowie die angrenzende Goethe Universität, wie auch die örtlich
19 betroffenen Unternehmen sind im Planungsprozess hinreichend zu beteiligen.

Begründung:

Frankfurt wärmt sich immer stärker auf. Bis Mitte des Jahrhunderts ist mit dem Einzug mediterraner Temperaturen zu rechnen. Trotz dessen besteht gerade im Innenstadtgebiet nur ein stark begrenztes Angebot an natürlichem Nass. Während das Baden im Main gefährlich und flächendeckend in der Innenstadt verboten ist, sind Badeseen rund um Frankfurt in den Sommermonaten massiv überfüllt. Ein Nebenarm der Nidda soll auf breiter Fläche dem Abhilfe schaffen und die Stadt so auch attraktiver für junge Menschen und Talente machen.

Bilder (Routenvorschlag und Eisbach):



Eisbach:



Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Markus Schaible, Dr. Matthias Petras, Dr. Thomas Lau, Andreas Pottmeyer

(6) Europäische Kapitalmärkte stärken: Effizientere Quellensteuerverfahren und schnellere Rückerstattungen

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten wollen die Europäischen Kapitalmärkte stärken und Investitionen
- 2 über die Grenzen der Mitgliedstaaten sicherer und einfacher gestalten. Daher setzen wir uns
- 3 für gemeinsame Europäische Regeln für effizientere Quellensteuerverfahren in den
- 4 Mitgliedstaaten und eine Beschleunigung von Quellensteuerrückerstattungsverfahren in
- 5 Europa ein. Den Richtlinienentwurf der EU-Kommission für ein europaweites
- 6 Quellensteuerverfahren (Faster and Safer Relief of Excess Withholding taxes; abgekürzt:
- 7 FASTER) vom 19.06.2023 begrüßen wir und werden diesen konstruktiv begleiten.
- 8 Für die Übergangszeit wollen wir in einem ersten Schritt in Deutschland den Banken gestatten,
- 9 ihren Kunden bei der Erstattung von im Ausland einbehaltenen Quellensteuern behilflich zu
- 10 sein.

Begründung:

Die EU-Kommission hat am 19.06.2023 einen Richtlinienentwurf für ein EU-weites Quellensteuerverfahren (Faster and Safer Relief of Excess Withholding taxes; abgekürzt: FASTER) veröffentlicht. Die Regelungen sollen bei quellensteuerpflichtigen Dividenden und Zinszahlungen von börsennotierten Wertpapieren ab 01.01.2027 zur Anwendung kommen und beinhalten insbesondere eine digitale EU-Ansässigkeitsbescheinigung, zwei sog. Schnellverfahren und eine standardisierte Meldepflicht für zertifizierte Finanzintermediäre.

Bislang werden auf im Ausland erhaltene Dividenden oder Zinsen zweimal Abgaben erhoben: erstens die Quellensteuer im Ausland und zweitens die Abgeltungsteuer im Inland. Derzeit wendet jeder EU-Mitgliedstaat eigene Quellensteuerverfahren an, die sich sehr voneinander unterscheiden. Anleger sind mit mehr als 450 verschiedenen Verfahren in der EU konfrontiert, von denen die meisten nur in der Landessprache verfügbar sind. Die Cum/Ex- und die Cum/Cum-Skandale haben außerdem gezeigt, dass die Erstattungsverfahren missbraucht werden können: Im Zeitraum 2000-2020 haben diese Praktiken Steuerausfälle von schätzungsweise 150 Mrd. EUR verursacht. Gemäß den Schätzungen der EU-Kommission werden Anleger EUR 5,17 Mrd. durch die vorgeschlagenen Maßnahmen sparen. Diese Maßnahmen sind:

- Ein gemeinsamer digitaler Nachweis über den Steuerwohnsitz und
- Zwei Schnellverfahren zur Ergänzung des geltenden Standard-Erstattungsverfahrens

Das angestrebte FASTER Verfahren zählt auf unsere Kernanliegen sowohl von Digitalisierung als auch Bürokratieabbau ein.

Auf Basis der geltenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) werden in Deutschland 15% Quellensteuer berücksichtigt. Die darüber hinaus gehende Differenz kann erstattet werden. Die Erstattungsverfahren sind von Land zu Land anders, teilweise kompliziert oder langwierig. Hier könnten die Depotbanken im ersten Schritt bereits über die Wohnortbescheinigungen etc. helfen, einbehaltene Quellensteuer zurückzuerlangen. Dadurch würden die entsprechenden Beträge in Deutschland für Konsum und/oder eigenständige Altersvorsorge zur Verfügung stehen, statt im Ausland zu versickern. In Deutschland sind sog. „Unbefugte Hilfestellungen in Steuerangelegenheiten“ derzeit untersagt, wodurch es den Depotbanken nahezu unmöglich ist bei der Quellensteuerrückerstattung maßgeblich zu helfen (siehe auch Quelle: Consorsbank Publikation „MyDividends2022“ S. 40). Daher wollen wir prüfen, wie Depotbanken derartige Leistungen erbringen können, ohne „damit eine unbefugte Hilfestellung in Steuerangelegenheiten“ zu erbringen oder eine entsprechende Ausnahmeregelung schaffen.

Ein Alternativvorschlag könnte sein, dass der deutsche Staat in der Übergangsfrist die Quellensteuer vollständig und nicht nur bis zu 15% anrechnet (ggf. mit Freibeträgen bis x Euro, um Kleinanleger von bürokratischen Hürden zu entlasten)
Hintergrund: Gerade bei Kleinanlegern lohnt es sich schlichtweg nicht eine Erstattung zu beantragen, selbst dann, wenn Banken unterstützen dürften. Beispiel: Bei ca. 20 Euro französische Quellensteuer im Jahr, wovon 10 Euro nicht angerechnet werden, sind Porto und Zeitaufwand teurer als die erwartete Rückerstattung.

Quellensteuersätze ausgewählter Länder:

| Land: | Quellensteuer: |
|----------------|---------------------------|
| Frankreich | 12,8 % / 30% ¹ |
| Großbritannien | keine |
| Irland | 20% ² |
| Italien | 26% |
| Niederlande | 15% |
| Österreich | 27,5% |
| Schweiz | 35% |
| Spanien | 19% |
| USA | 30% |

¹ Der französische Fiskus berechnet 12,8 % Quellensteuer und die sind voll auf die deutsche Abgeltungssteuer anrechenbar. Allerdings werden dann doch i. d. R. 30 % Quellensteuer einbehalten, da die Depotbanken den für den Quellensteuereinbehalt zuständigen Stellen in Frankreich nicht nachweisen können, dass es sich beim Dividendenbezieher um einen deutschen Anleger handelt.

² Bei EU-Bürgern oder Staaten, mit denen Irland ein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen hat, entfällt sie aber komplett. Vorausgesetzt, dass der Wohnsitz von der Depotbank mitgeteilt wurde, was leider häufig nicht der Fall ist.

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: KFA Digitalisierung

(7) Digitalisierung der Stadt Frankfurt am Main

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die vorliegende Antragstellung befasst sich mit der Stärkung der Digitalisierung der Stadt
- 2 Frankfurt am Main und fordert den Magistrat auf, sich für eine beschleunigte Umsetzung
- 3 dieses wichtigen Prozesses einzusetzen. Digitalisierung muss endlich Chefsache werden.
- 4 Konkrete Forderungen:
- 5 1. Beschleunigte Digitalisierung der Stadtverwaltung:
- 6 - Digitalisierung der Prozesse und Online-Zugänglichkeit aller Dienstleistungen
- 7 - Förderung einer effizienten und bürgerfreundlichen Verwaltung
- 8 2. Verbesserung der Terminvergabe beim Bürgeramt:
- 9 - Einführung einer Online-Terminvergabe
- 10 - Reduzierung der Wartezeiten für Termine
- 11 3. WLAN für alle Schulen:
- 12 - Ausstattung aller Schulen in allen zum Unterricht und zur Vorbereitung genutzten Räumen
- 13 der Schule
- 14 - Förderung der digitalen Bildung und des Lernens

- 15 4. Glasfaser in jedes Haus und jedes Stadtviertel:
- 16 - Unterstützung des Ausbaus von Glasfaseranschlüssen
- 17 - Sicherstellung einer zukunftsfähigen Internetinfrastruktur
- 18 5. Förderung von FinTec-Unternehmen:
- 19 - Schaffung eines attraktiven Umfelds für FinTec-Startups
- 20 - Nutzung des Potenzials für die Stadtentwicklung
- 21 6. Bereitstellung von Online-Diensten über bundID:
- 22 - Integration der bundID für die Nutzung städtischer Dienste
- 23 - Erhöhung der Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit

Begründung:

Die Digitalisierung ist ein zentraler Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Sie bietet vielfältige Möglichkeiten, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, die Wirtschaft zu stärken und die Effizienz der Stadtverwaltung zu erhöhen.

Für die konkreten Forderungen im Rahmen des Antrags werden im Folgenden ausführliche Begründungen formuliert:

1. Beschleunigte Digitalisierung der Stadtverwaltung:

Die Digitalisierung der Stadtverwaltungsprozesse und die Online-Zugänglichkeit aller Dienstleistungen sind entscheidend, um die Effizienz und Bürgerfreundlichkeit zu steigern. Durch die Umstellung auf digitale Dienste können Antragsbearbeitungszeiten verkürzt, der Papierverbrauch reduziert und somit auch Umweltauswirkungen minimiert werden. Zugleich verbessert die Digitalisierung die Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Dienstleistungen für alle Bürger, unabhängig von deren Mobilität oder Wohnort. In Zeiten zunehmender Digitalisierung in allen Lebensbereichen ist es essentiell, dass auch die öffentliche Verwaltung diesen Schritt geht, um modern und zukunftsfähig zu bleiben.

2. Verbesserung der Terminvergabe beim Bürgeramt:

Lange Wartezeiten und umständliche Terminvereinbarungen stellen für viele Bürger ein erhebliches Hindernis bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen dar. Eine Online-Terminvergabe ermöglicht eine effiziente und nutzerfreundliche Planung von Behördengängen. Sie trägt dazu bei, Wartezeiten zu verringern und den Service für die Bürger zu verbessern. Die Digitalisierung dieses Prozesses ist ein weiterer Schritt hin zu einer modernen, bürgerorientierten Verwaltung.

3. WLAN für alle Schulen:

Die Ausstattung aller Schulen mit WLAN in allen Unterrichts- und Vorbereitungsräumen der Schule ist eine Grundvoraussetzung für die Förderung der digitalen Bildung und eines modernen Unterrichts. In einer Welt, in der digitale Kompetenzen immer wichtiger werden, müssen Schüler frühzeitig lernen, mit digitalen Medien umzugehen. WLAN-Zugang an Schulen Die Ausstattung aller Schulen in allen für Unterricht und Unterrichtsvorbereitung genutzten Räumen der Schule ermöglicht den Einsatz innovativer Lehr- und Lernmethoden und bereitet die Schüler auf die digitalisierte Arbeitswelt vor.

4. Glasfaser in jedes Haus und jedes Stadtviertel:

Eine leistungsfähige Internetinfrastruktur ist die Basis für digitales Arbeiten, Lernen und Leben. Der Ausbau von Glasfaseranschlüssen sichert eine zukunftsfähige und schnelle Internetverbindung, die für Privathaushalte ebenso wie für Unternehmen unverzichtbar ist. Diese Maßnahme unterstützt die digitale Transformation und stärkt die Attraktivität sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt.

5. Förderung von FinTec-Unternehmen:

FinTec-Unternehmen stehen für Innovation im Finanzsektor und haben das Potenzial, die lokale Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Förderung eines attraktiven Umfelds für FinTec-Startups trägt zur Diversifizierung der städtischen Wirtschaftsstruktur bei und nutzt die Chancen der Digitalisierung für die Stadtentwicklung.

6. Bereitstellung von Online-Diensten über bundID:

Die Integration der bundID für die Nutzung städtischer Dienste vereinfacht und sichert den Zugang zu Online-Dienstleistungen. Durch die Verwendung einer einheitlichen digitalen Identität wird nicht nur die Nutzerfreundlichkeit erhöht, sondern auch die Sicherheit der Datenübertragung und -verarbeitung verbessert. Dies stärkt das Vertrauen der Bürger in digitale Verwaltungsdienste und fördert deren Akzeptanz und Nutzung.

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Digitalisierung in der Stadtverwaltung voranzutreiben, die Infrastruktur zu verbessern und innovative Wirtschaftszweige zu fördern. Sie sind essenziell, um die Stadt zukunftsfähig zu gestalten und die Lebensqualität sowie die wirtschaftliche Attraktivität nachhaltig zu erhöhen.

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Falk Thore Gebhardt

(8) Frankfurt Eurocity - EZB und AMLA in den Namen unserer Stadt

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Frankfurt am Main sprechen sich dafür aus, den Titel der Stadt von
- 2 "Europastadt" in "Euro City" zu ändern.

Begründung:

Während der Titel "Europastadt" von vielen Städten für sich beansprucht wird (Aachen, Bocholt, Breisach, Castrop-Rauxel, Darmstadt, Eisfeld, Görlitz, Mülheim, Passau etc.) gibt es in ganz Europa nur eine Euro-Hauptstadt und dies ist der Sitz der EZB, der AMLA und EIOPA. Der deutsche Titel "Europastadt" wurde im internationalen Bereich nicht zuerkannt und wird nicht mit Frankfurt assoziiert.

Mit "Euro City" besteht hingegen die Möglichkeit auch international auszudrücken was wir unanfechtbar sind:

Das Herz ist des wichtigsten Währungsraums aus mehreren souveränen Nationen der Erde.

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: KFA Europa und Internationales

(9) Kooperation mit Taiwan stärken

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten in Frankfurt wollen uns durch Kooperationen auf unterschiedlichen
- 2 Ebenen an Taiwan annähern und zeigen, dass wir fest auf der Seite der Freiheit und der
- 3 Menschenrechte stehen. Dies soll insbesondere Kooperationen im Bildungs- sowie im
- 4 Kulturbereich beinhalten.
- 5 Gleichzeitig fordern wir dazu auf, das Instrument der Städtepartnerschaften zu nutzen und so
- 6 den Austausch zu fördern. Konkret wollen wir den Aufbau einer Städtepartnerschaft zwischen
- 7 der Stadt Frankfurt und einer taiwanesischen Stadt fördern.
- 8 Zudem wollen wir durch Veranstaltungen und Aktionen in Frankfurt auf die Situation in
- 9 Taiwan aufmerksam machen. Hierfür würde sich u.a. der Europatag anbieten.

Begründung:

Auf dem letzten Bundesparteitag wurde im Leitantrag der Freien Demokraten die Idee eines EU-Investitionsabkommens mit Taiwan beschlossen. Gleichzeitig merken wir sowohl durch den Krieg in der Ukraine als auch durch Chinas Aggressionen in der Taiwanstraße, wie sehr die Bedrohung der Freiheit durch Diktaturen wächst. Öffentliche Veranstaltungen können sicherstellen, dass wir uns gesellschaftlich mit der Situation in Taiwan auseinandersetzen und für die Sicherheits- und Gefährdungslage sensibilisieren. Eine Städtepartnerschaft kann denn Austausch auch langfristig institutionalisieren.

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Peter-Paul Thoma, Dr. Julian Langner, Dr. Manfred Kircher, Dr. Sophie Hartmann, Dr. Matthias Petras, Dr. Detelv Staacke

(10) Kooperation Kommunale Wärmeplanung: Den Umbau der Wärmeversorgung machbar machen

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Mitgliederversammlung der FDP Frankfurt möge beschließen, dass sich die FDP-Fraktion
- 2 im Römer für folgende Forderungen bei der Umsetzung der gesetzlich verlangten
- 3 Kommunalen Wärmeplanung (KWP) einsetzt:

- 4 1. Für die Umsetzung der KWP bedarf es struktureller Reformen in der Frankfurter
- 5 Stadtverwaltung. So muss eine dezernatsübergreifende Koordinations- und
- 6 Führungsstelle eingerichtet werden, die vorzugsweise beim Oberbürgermeister
- 7 angesiedelt wird und deren Vorgaben für die Dezernate bindend sind. Diese hat die
- 8 Verantwortung zur termingerechten Vorlage für die kommunale Wärmeplanung für
- 9 Frankfurt. Insofern sind hier kurzfristige Ziele für die beteiligten Ämter aufzustellen.
- 10 Bei Nichterfüllung ist mit engen Nachfristen sicherzustellen, dass die Aufstellung der
- 11 kommunalen Wärmeplanung bis 2026 erfolgreich abgeschlossen werden kann.

- 12 2. Dazu soll schnellstens ein Runder Tisch mit allen Beteiligten, die entweder Wärme zur
- 13 Verfügung stellen oder stellen können oder Wärmeabnehmer vertreten, zur
- 14 Unterstützung der Ausarbeitung der Kommunalen Wärmeplanung eingerichtet
- 15 werden, an dem der örtliche Energieversorger Mainova, IHK und HWK und die

- 16 beteiligten Dezernate und städtischen Ämter beteiligt werden, um die Planung für die
17 Bürger und alle sonstigen Betroffenen, insbesondere die Wirtschaft, transparent zu
18 gestalten. In der Umsetzungsphase sollen auch hier Zwischenergebnisse halbjährlich
19 bewertet werden und gegebenenfalls Vorschläge zu Korrekturen in der
20 Vorgehensweise gemacht werden. Durch Veröffentlichung von Fortschrittsberichten
21 ist die notwendige Transparenz für die Bürgerschaft sicherzustellen.
- 22 3. Der Milieuschutz ist bei förderfähiger energetischer Sanierung so auszugestalten, dass
23 die Eigentümer Förderungen bei der Umsetzung von Maßnahmen vollständig in
24 Anspruch nehmen können, wenn sie dies wünschen. Eigentümer dürfen nicht an der
25 Durchführung der bestmöglichen Dämmung gehindert werden. Entstehende soziale
26 Härten sind ggf. durch Subjektförderung auszugleichen.
- 27 4. Auf Bundesebene soll als weiterer Anreiz eine Reduktion der Mehrwertsteuer für
28 Beratung und Ausführung von förderfähigen energetischen Sanierungen von 19% auf
29 7% angeregt werden.
- 30 5. Der Beitrag des MHKW für die Erzeugung von Fernwärme und Strom muss auf die
31 Verbrennung des nicht anders zu entsorgenden regionalen Restmülls beschränkt
32 werden.

Begründung:

Der kommende Ausbau des Fernwärmenetzes sowie der Stromversorgung für Wärmepumpen wird in Frankfurt eine sich über Jahre hinziehende Aufgabe sein. Nicht nur der Hauptakteur Mainova ist betroffen, sondern durch die mit dem Ausbau verbundenen Straßenarbeiten ist mit erheblichen Störungen für Verkehr, Wirtschaft und Anwohner zu rechnen. Um diese Störungen gering zu halten, muss schon die Planung eine Vielzahl von Aspekten berücksichtigen. Um die Investitionskosten für Hauseigentümer im wirtschaftlichen Rahmen zu halten, müssen Regeln, die die Kosten unnötig steigern, unbedingt vermieden werden, was diese Planung besonders anspruchsvoll macht und erfordert, dass die Gesamtstrategie von der Stadt festgelegt und verantwortet wird. Dabei müssen auch die Kosten für den laufenden Betrieb heute schon in die Planung einbezogen werden. Dazu gehört es insbesondere, die Kosten für die Emissionen des für die Fernwärmeerzeugung eingeplanten MHKW durch Minimierung der Emissionen so gering als möglich zu halten und keinen „Verbrennungstourismus“ für Müll von außerhalb nach Frankfurt zu begünstigen.

Im Einzelnen:

Zu 1. Es sind alle Dezernate von der Planung und Umsetzung der Wärmewende betroffen, da die Straßen für Fernwärme oder Stromleitungen geöffnet und Hausanschlüsse hergestellt werden müssen. Den zu erwartenden erhebliche Störungen ist durch koordinierte Planung entgegenzuwirken. Dafür müssen auf städtischer Seite klare Verantwortlichkeiten und ein striktes Erfolgsmanagement eingeführt werden.

Zu 2. Der Energieversorger Mainova, die IHK als Kontakt für die Wirtschaft und und die HWK als Kontakt für das Handwerk sowie die beteiligten Dezernate und städtischen Ämter sind die wichtigsten Akteure für die Planung und Umsetzung der Wärmewende. Sie brauchen eine gemeinsame Plattform, um die Wärmewende zu koordinieren, Fortschritte bei der Umsetzung zu beobachten und für die Bürger und Wirtschaft transparent und möglichst störungsarm zu gestalten.

Zu 3. Die Regelungen im derzeitigen Milieuschutz blockieren Hauseigentümer und Eigentümergemeinschaft bei der Investition von energetischen Sanierungen im Bestand. Derzeit sind nur die Mindestanforderungen nach dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) bei Sanierungen genehmigungsfähig, die jedoch nicht förderfähig sind. Um eine Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) zu erhalten, muss der Wärmebedarf aber im Vergleich zu den Mindestanforderungen um zirka 30% reduziert sein. Dies muss künftig auch im Milieuschutz zugelassen werden, um Förderung zu ermöglichen und die für die Wärmewende erforderlichen drastischen Steigerungen der Sanierungsrate in den nächsten Jahren im Wohnungsbestand gerade in Frankfurt möglich zu machen! Dabei entstehende soziale Härten sind ggf. über eine Subjektförderung auszugleichen, aber nicht die Sanierungsbemühungen williger Hauseigentümer zu behindern.

Zu 4. Der finanzielle Aufwand für die Transformation betrifft nicht nur die Energieversorger, sondern in besonderen Maßen private Hauseigentümer, Wohnungsbaugesellschaften und kommunale Gebäudeeigentümer. Sie könnten für die Durchführung der Wärmewende durch gezielte Senkung der Mehrwertsteuer entlastet werden, ohne dass es erneut zu einem massiven Bürokratieausbau kommt.

Zu 5. Als stabile Grundlage für einen geringer werdenden Teil der Wärmegrundlast wird Müllverbrennung auch langfristig zur Wärmeerzeugung beitragen; sie verursacht allerdings erhebliche CO₂-Emissionen, die nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz zukünftig massiv finanziell belastet werden. Der Beitrag des MHKW zur Fernwärme- und Stromerzeugung soll deshalb auf den Anteil des nicht anders zu entsorgenden Restmülls beschränkt werden. Auch soll sichergestellt werden, dass Frankfurt zum sinnvollen Betrieb des MHKW nicht weiträumig Müll aus anderen Regionen nach Frankfurt zieht und so schon durch den Transport den ökologischen Fußabdruck weiter verschlechtert.

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Hans-Joachim Otto, Dr. Ina Gienow, Judit Günther, Ingrid Häussler, Dr. Christian Hellweg, Peter Hollmann, Torsten Leidig, Sabine Otto-Just, Michaela Ronge, Michael Rubin, Dr. Uwe Schulz, Vijay Vankadari, Rainer Venino

(11) Mitgliedschaft der Stadt im Bündnis „Seebrücke“ beenden und Verteilungsschlüssel der europäischen Asyl- und Migrationspolitik anwenden

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Frankfurter FDP fordert den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung auf, alle
- 2 Vereinbarungen und Regelungen der EU-Asyl- und Migrationspolitik inklusive deren
- 3 Verteilungsschlüssel konsequent einzuhalten und daher nationalen und lokalen Sonderwegen
- 4 eine Absage zu erteilen. Zu diesem Zweck soll die Stadt Frankfurt zum frühestmöglichen
- 5 Zeitpunkt ihre Mitwirkung im Bündnis „Seebrücke“ einstellen.

Begründung:

Im Herbst 2021 trat die Stadt Frankfurt dem linksalternativen Bündnis „Seebrücke“ bei, dass sich laut Wikipedia gegen die europäische Einwanderungspolitik sowie insbesondere gegen die „Kriminalisierung von Seenotrettung“ im Mittelmeer richtet. Eine ihrer Kernforderungen lautet: „Bedingungslose Aufnahme auf Kommunalebene. Egal in welchen Koalitionen: wir haben Platz!“ Das Bündnis wirft der EU „in Fortsetzung einer kolonial-rassistischen Tradition...eine immer menschenverachtendere und skrupelloser werdende Abschottungspolitik“ vor.

Die Stadt Frankfurt musste sich beim Beitritt zum Bündnis verpflichten, Flüchtlinge aus zivilen Seenotrettungsschiffen über die europäisch festgelegten Verteilungsschlüssel hinaus direkt aufzunehmen und unterzubringen. Aus dem städtischen Haushalt (!) werden seitdem Boote zur Aufnahme von Flüchtlingen im Mittelmeer mit fünfstelligen Beträgen bezuschusst.

Deutschland ist weiterhin das Hauptzielland von Migration in Europa; allein im Jahre 2023 betrug die Nettozuwanderung, also der Saldo aus Zu- und Fortzügen, rund 700.000 Personen. Mehr als die Hälfte aller Asylanträge in der EU werden in Deutschland gestellt. Die Aufnahmekapazitäten für

Flüchtlinge sind in allen Kommunen ausgeschöpft, vielerorts überschritten. Auch in Frankfurt sind alle Aufnahmeeinrichtungen voll belegt.

Vor diesem Hintergrund verbietet es sich schon aus humanitären und integrationspolitischen Gründen, über die in der EU und national vereinbarten Verteilungsquoten hinaus weitere Flüchtlinge in unsere Stadt zu locken.

„Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ (Alt-Bundespräsident Joachim Gauck).

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Hans-Joachim Otto, Judit Günther, Ingrid Häussler, Sabine Otto-Just, Michaela Ronge, Michael Rubin, Rainer Venino

(12) Beschlüsse der Mitgliederversammlungen und deren Umsetzung digital zugänglich machen

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Der Kreisvorstand wird gebeten, im Interesse parteiinterner Transparenz und effektiverer Be-
- 2 schlusskontrolle die seit 2021 auf Kreismitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sowie
- 3 die vom Kreisvorstand bzw. der Stadtverordnetenfraktion zu deren Umsetzung ergriffenen
- 4 Maßnahmen den Mitgliedern in einer entsprechenden Aufstellung digital zugänglich zu
- 5 machen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Judit Günther, Carina Leidig, Torsten Leidig, Peter Hollmann, Ina Klemm, Michael Lepach, Hans-Joachim Otto, Michael Rubin, Michaela Ronge, Gabriele Schorn, Sylvia Hauptmann, Reimar Witzel, Eva Bieber, Ina Gienow, Rainer Venino, Wolfgang Weyand

**(13) Einstellung des Online-Portals der Stadt Frankfurt am Main zur
Meldung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP, als Mitglied der aktuellen Koalition im Stadtparlament fordert, dass die Stadt
- 2 Frankfurt am Main das Online Portal wieder einstellt und dass Verstöße im ruhenden Verkehr
- 3 nicht durch private Personen unkompliziert und online angezeigt werden können, sondern
- 4 dass wie bislang Anzeigen von entsprechenden Verstößen durch die Mitarbeiterinnen und
- 5 Mitarbeiter des Ordnungsamtes der Stadt Frankfurt am Main (Hilfspolizei) erfolgen. Die
- 6 bislang zur Verfügung stehenden Kontaktmöglichkeiten mit der Behörde sind ausreichend, um
- 7 Verstöße von Relevanz anzeigen zu können.

Begründung:

Jüngst hat die Stadt Frankfurt am Main ein Online Portal für Privatpersonen zur Meldung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr eingerichtet.

Das Portal wird von der Bußgeldstelle betrieben.

Der Aufruf erfolgt über die Webpräsenz des Ordnungsamtes

https://portalciv.ekom21.de/civ.public/start.html?oe=00.00.FF.OrdA&mode=cc&cc_key=AnzeigeOwi

- Ein solches Potenzial fördert das Denunzieren von Mitbürgern, da die Hürden einer Online-Meldung niedriger sind, als die Hürden einer telefonischen oder persönlichen Anzeige an die Ordnungsbehörde.
- Auch wenn man im Online-Portal die Angaben zur anzeigenden Person übermitteln muss, ist die Hemmschwelle deutlich geringer, als wenn man mit einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter der Ordnungsbehörde sprechen und ggf. auf Fragen der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters antworten muss.
- Auch ist die Hemmschwelle zur Anzeige über das Portal geringer, als eine Anzeige mittels mit einem analogen Schreiben (Brief).
- Die FDP als Koalitionsmitglied in der Stadtregierung spricht sich gegen alles aus, was die Freiheit der Menschen in unserer Stadt unnötig einschränkt und was gleichzeitig geeignet ist eine Kultur der Missgunst und des Misstrauens zu fördern. Ein Online-Meldeportal, wie das jüngst installierte, ist hierzu definitiv geeignet. Natürlich ist der FDP bewusst, dass Ordnungswidrigkeiten geahndet werden müssen, insbesondere dann, wenn es bei Parkverstößen im ruhenden Verkehr zu Behinderungen kommt oder Gefahrenpotenzial entsteht. Hierfür gab es aber bereits vor Einführung des Online-Portals entsprechende Möglichkeiten, um rasch Abhilfe zu schaffen.
- Portale zum Denunzieren von Mitbürgern sind nicht im Interesse einer liberalen Gesellschaft, denn sie führen zur Spaltung der Gesellschaft, verleiten dazu, dem anderen einen Denkkzettel zu verpassen oder den ungeliebten Nachbarn vorzuführen.
- Durch Einrichtungen der Stadt, darf nicht der Eindruck entstehen, dass sie zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt betrieben werden. Bei einem Meldeportal explizit für Verstöße im ruhenden Verkehr, drängt sich dieser Eindruck aber gerade auf. Dies widerspricht deutlich dem Prinzip der bürgerfreundlichen Stadt.
- Die FDP setzt sich für eine freundliche und lebenswerte Stadt ein. Dazu gehört auch, dass Bürgerinnen und Bürger, sowie die Stadt, maßvoll bei der Ahndung von Fehlern umgehen. Das Betreiben eines solchen Online-Portals ist nicht mehr als maßvoll anzusehen.

Mitgliederversammlung am 07.03.2024

| | Ja | Nein | Enthaltung | Bemerkungen |
|----------------------------------|----|------|------------|-------------|
| Beschluss | | | | |
| Überweisung KFA | | | | |
| Überweisung Römerfraktion | | | | |
| Überweisung KV | | | | |

Antragsteller: Dr. Manfred Kircher, Dr. Frank Baumgärtner, Dr. Julian Langner, Florian Möller, Maria-Christina Nimmerfroh, Brigitte Reifschneider-Groß, Gabriele Schorn, Dr. Therese Schwager, Dr. Stefan Schwaneck, Thorsten Sinning, Dr. Detlev Staacke, Karl Sternberg, Stephanie Wüst

(14) Frankfurt als Wirtschaftsstandort stärken - Standort- und Rahmenbedingungen, Umweltschutz und Nachhaltigkeit, Innenstadt und Einzelhandel

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten sprechen uns entschieden dafür aus, dass Frankfurt seine international
- 2 herausragende Stellung als Handels-, Finanz- und Produktionsstandort, Schwerpunkt der
- 3 Kreativwirtschaft und als Drehscheibe für Verkehr, Kommunikation und Daten erhält und
- 4 ausbaut. Dafür braucht es eine starke lokale Wirtschaft. Handel, Handwerk, Dienstleister und
- 5 die Industrie sind bisher erfolgreich, weil sie sich den wandelnden Marktbedingungen ständig
- 6 anpassen. Dafür sind die Unternehmer und Unternehmerinnen selbst verantwortlich. Sie
- 7 brauchen aber auch Standort- und Rahmenbedingungen, die sich mit den Herausforderungen
- 8 entwickeln! Nur so können wir im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen!
- 9
- 10 Frankfurts klein- und mittelständische Betriebe und die Industrie stehen heute vor
- 11 fundamentalen Herausforderungen. Die Entwicklung der Standortbedingungen und die
- 12 Kosten für Mobilität, Logistik, Energien gefährden zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der
- 13 Unternehmen. Hinzu kommt die gesetzliche Verpflichtung seitens Bund und Land, bis zum

14 Jahr 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Das betrifft die gesamte Wirtschaft. Insbesondere das
15 produzierende Gewerbe wird sich entsprechend den Prinzipien einer umweltschonenden
16 Kreislaufwirtschaft wandeln, d.h. zunehmend auf erneuerbare Energien und nachhaltige
17 Rohstoffe umsteigen. Die dafür erforderliche Infrastruktur und weitere unterstützende
18 Maßnahmen sind sicherzustellen. Der Frankfurter Einzelhandel hat eine besondere, über die
19 Stadt selbst hinausgehende Bedeutung als Geschäftszentrum für Waren, Gastronomie, Kultur
20 und Sport. Die Attraktivität insbesondere der Innenstadt leidet aber unter zunehmend
21 eingeschränkter Zugänglichkeit, mangelnder Aufenthaltsqualität, Sauberkeit und Sicherheit.

22

23 Wir fordern den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung auf, diese
24 Herausforderungen, soweit sie im Einflussbereich der Stadt liegen, entschlossen anzugehen
25 und der Zukunftsfähigkeit Frankfurts als Wirtschaftsstandort Priorität zu geben.

26

27 Forderungen

28 **I. Standort- und Rahmenbedingungen**

29 **1. Verwaltung**

30 1.1. Wir fordern, wichtige Verwaltungsvorgänge bis 2025 auf Englisch anzubieten und eine
31 englischsprachige Bearbeitung zu ermöglichen. Die Arbeit daran ist sofort
32 aufzunehmen.

33 1.2. Wir fordern eine zentrale Anlaufstelle für alle betrieblichen und gewerblichen
34 Angelegenheiten. Eine erste Reaktion soll innerhalb von 48h zugesagt werden.

35 1.3. Wir fordern, die Gewerbeanmeldung so zu vereinfachen, dass sie, wie in einigen
36 europäischen Städten, innerhalb von 24 Stunden und 100% online möglich ist.

37 1.4. Wir fordern, Abläufe und Einheiten, die für zentrale Aufgaben (Wie Rechnungsführung,
38 Fördermanagement etc.) zu zentralisieren.

39 1.5. Wir fordern, Stellen, die in Dezernatsbüros entstehen, grundsätzlich als befristete
40 Projektstellen anzulegen. Jedes Dezernat sollte eine Grundausstattung haben, alles

41 darüber hinaus führt zu einem Aufblähen der Verwaltung, unter dem vor allem die
42 zentralen Serviceämter leiden.

43 1.6. Wir fordern eine zeitnahe Überarbeitung und Neuaufstellung des Stellenplans, die sich
44 an den wahren Bedarfen innerhalb der Stadtverwaltung Frankfurts messen soll, dies
45 inkludiert auch Stellenbewertungen.

46 1.7. Wir fordern, die Stellenreserve nur im Ausnahmefall zu nutzen.

47 1.8. Wir fordern, die Stadtverwaltung im Rahmen der Digitalisierung der Arbeitsprozesse
48 umzustrukturieren und regelmäßig Bedarf und Verteilung an Arbeitsplätzen/Stellen zu
49 prüfen.

50 **2. Steuern**

51 2.1. Wir fordern Möglichkeiten zur Reduzierung der Gewerbesteuer regelmäßig zu prüfen.
52 Das Potenzial zur Reduzierung der Gewerbesteuer soll ausgeschöpft werden.

53 **3. Verkehr**

54 3.1. Wir fordern ein integriertes Gesamtkonzept für alle Verkehrsträger, das die Interessen
55 aller Nutzer ausgewogen berücksichtigt. Dieses muss grundsätzlich klären, wie Verkehr
56 in die Stadt hineinfließen, aus der Stadt hinausfließen und in Frankfurt gesteuert
57 werden soll. Hierbei sind neben dem Freizeitverkehr insbesondere auch der
58 Lieferverkehr (KEP) sowie Arbeitsverkehr (z.B. durch Ein- und Auspendler) abzubilden.

59 3.2. Wir fordern Auswirkungen auf die nähere Umgebung intensiv zu prüfen, bevor
60 Maßnahmen zur Verkehrssteuerung ergriffen werden. Belastungen durch
61 Ausweichverkehre oder zusätzliche Park-Suchverkehre in Nebenstraßen sind in diese
62 Prüfung einzubeziehen. Der von diesen Verkehren zusätzlich erzeugte CO₂-Ausstoß ist
63 insbesondere dann abzuwägen, wenn die Maßnahme auf eine Reduzierung des CO₂-
64 Ausstoßes zielt.

65 3.3. Wir fordern den Verzicht auf symbolische Verkehrspolitik. Wo tagsüber nicht schneller
66 als mit 20 km/h gefahren werden kann und nachts keine Kontrollen stattfinden, sind
67 Tempo 20 Schilder überflüssig.

- 68 3.4. Wir fordern einen attraktiven ÖPNV, der sich insbesondere durch einen hohen Grad
69 an Sauberkeit, Sicherheit und Zuverlässigkeit auszeichnet.
- 70 3.5. Wir fordern ein klares Bekenntnis der Stadt zum Flughafen, dessen weiterem Ausbau
71 und Sanierung (vordringlich T2) und zu einer Nicht-Ausweitung des Nachtflugverbots.
- 72 3.6. Wir fordern die Fertigstellung des Riederwaldtunnels.
- 73 3.7. Wir fordern den Ausbau der A5 und A661.
- 74 3.8. Wir fordern die Aufhebung von Straßensperrungen, die dem Verkehrskonzept
75 widersprechen (Oeder Weg ist das Paradebeispiel).

76

77 **4. Gewerbeflächen**

- 78 4.1. Wir fordern zur Gewinnung von Gewerbeflächen die Weiterentwicklung des
79 Hochhausrahmenplans.
- 80 4.2. Wir fordern, in die Planung von Gewerbeflächen Optionen für die Sektorkoppelung
81 (z.B. Nutzung von Abwärme) einzubeziehen.
- 82 4.3. Wir fordern, für brachliegende Flächen/leerstehende Gebäude die Grundsteuer zu
83 erhöhen.
- 84 4.4. Wir fordern, Gewerbeflächen durch Überbauung einstöckiger Gebäude (z.B.
85 Supermärkte, Lagerhallen, Parkplätze) intensiver zu nutzen.
- 86 4.5. Wir fordern, die Verwaltungspraxis für Baugenehmigungen zu entschlacken und zu
87 beschleunigen.
- 88 4.6. Wir fordern einen regionalen Dialog über interkommunale Gewerbegebiete.
- 89 4.7. Wir fordern, dass der Magistrat die von der Stadtverordnetenversammlung
90 beschlossene Konzeptvergabe für Gewerbeflächen zeitnah umsetzt; bestehende
91 Flächen sind dafür vorrangig zu behandeln.

92

93

94 **5. Liegenschaften**

95 5.1. Wir fordern städtische Liegenschaften schnellstmöglich in einen Zustand der
96 Vermietung/Verpachtung zu bringen. Andernfalls sollten sie dem Markt zurückgeführt
97 werden.

98 5.2. Wir fordern Leerstand in städtischen Liegenschaften auf ein Mindestmaß zu
99 reduzieren.

100 5.3. Wir fordern ein Konzept zum Umgang und Entwicklung mit städtischen Liegenschaften
101 und Grundstücken.

102 **6. Energien**

103 6.1. Wir fordern, die Erzeugungs- und (Import-)Infrastruktur für Erneuerbare Energien
104 entsprechend dem wachsenden Bedarf für Wärmepumpen, Elektromobilität,
105 Rechenzentren und das mit der Kreislaufwirtschaft verbundene Recycling
106 (Wasserstoff) sicherzustellen.

107 6.2. Wir fordern den Ausbau der Fernwärmeerzeugung.

108 6.3. Wir fordern für die Erweiterung der städtischen Energieinfrastruktur für Strom und
109 Wärme die Einrichtung einer zentralen Planungs- und Bauleitung.

110 **7. Fachkräfte**

111 7.1. Wir fordern, den Bedürfnissen der Pendlerstadt Frankfurt im Rahmen eines
112 integrierten Verkehrskonzepts mit einer angemessenen Anzahl an Parkplätzen gerecht
113 zu werden (P+R und innerstädtisch). Konkret fordern wir die zeitnahe Schaffung eines
114 P+R-Angebots an der Raststätte Taunusblick, die zusätzlich an das S- und U-Bahnnetz
115 anzuschließen ist.

116 7.2. Wir fordern, anhand der Machbarkeitsstudie Azubi-Wohnen gemeinsam mit den
117 Arbeitgebern ein ökonomisch und sozial nachhaltiges Modell zu entwickeln.

118 7.3. Wir fordern, die internationale Anwerbung von Personal durch online-
119 Dienstleistungen der Ausländerbehörde zu erleichtern.

120 7.4. Wir fordern, Personal betreffende online-Verwaltungsvorgänge vollständig
121 englischsprachig anzubieten.

122 7.5. Wir fordern, den Ausbau der Europäischen Schule. Konkret fordern wir für die Stadt,
123 dass ein passendes Grundstück schnell zur Verfügung steht.

124 7.6. Wir fordern den Erhalt des English Theatre, um der internationalen Stadtgesellschaft
125 ein adäquates Kulturangebot anzubieten.

126 7.7. Wir fordern, dem Fachkräftemangel durch Fachkräfteausbildung, insbesondere an
127 unseren dualen Hochschulen und Fachhochschulen, entgegenzuwirken.

128 7.8. Wir fordern einen zügigen Neubau der Europäischen Schule und die Förderung der
129 Einrichtung weiterer internationaler Schulen.

130 7.9. Wir fordern in Schule und Ausbildung, Kultur und Sport die Förderung von Toleranz
131 und Diversität bzw. die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung jeder Form.

132

133 **II. Umweltschutz und Nachhaltigkeit**

134 **1. Kreislaufwirtschaft**

135 1.1. Wir fordern den Magistrat auf sicherzustellen, dass bis 2035 die kommunale
136 Infrastruktur für eine klimaneutrale und umweltschonende Kreislaufwirtschaft
137 geeignet ist.

138 1.2. Wir fordern den Magistrat auf, angesichts der Jahrhundertaufgabe der Transformation
139 zu einer klimaneutralen und umweltschonenden Wirtschaft das Wirtschaftsdezernat
140 bedarfsgerecht auszustatten.

141 **2. Masterplan Industrie**

142 2.1. Wir fordern den Magistrat auf, den Masterplan Industrie um das Themenfeld
143 Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft zu erweitern.

144 2.2. Wir fordern den Magistrat auf, die Anforderungen an einen zukunftsfähigen
145 Wirtschaftsstandort Frankfurt zu bestimmen und eine Strategie zur Erreichung der
146 CO₂-Neutralität zu erstellen. Diese Strategie muss die Leistungsfähigkeit der
147 Wirtschaft nicht nur berücksichtigen, sondern muss sie stärken und darf sie nicht
148 überfordern. Die Integration Frankfurts in die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main
149 ist dabei zwingend zu berücksichtigen. Der Anforderungskatalog und die Strategie

150 sollen bis Ende 2025 vorliegen und einen Zeitplan für die schnellstmögliche Erreichung
151 der CO2-Neutralität enthalten. Für die Erreichung der CO2-Neutralität sind
152 Messgrößen zu veröffentlichen, anhand derer der Fortschritt zu diesem Ziel von der
153 Stadt verfolgt wird.

154 **3. Innovationsmodell Frankfurter Wirtschaft**

155 3.1. Wir fordern, dass sich der Magistrat zu dem Anspruch bekennt, ein Innovationsmodell
156 für die Kreislaufwirtschaft zu werden.

157 3.2. Wir fordern, Gründer, Start-ups und Selbstständige durch die Bereitstellung
158 öffentlicher Infrastruktur für Gewerbeflächen und Vernetzung zu unterstützen.

159 3.3. Wir fordern, dass die Pilotierung von neuen Technologien der Kreislaufwirtschaft und
160 entsprechender Start-ups, soweit dies in der Verantwortung von Ämtern der Stadt
161 liegt, ermöglicht und unterstützt wird.

162 3.4. Wir fordern, dass städtische Beteiligungen auf Grundsätze einer klimaneutralen
163 Kreislaufwirtschaft verpflichtet werden.

164

165 **III. Einzelhandel und Innenstadt**

166 1. Wir fordern den Magistrat auf, eine konzertierte Aktion zur Verbesserung der
167 Sauberkeit, Sicherheit und Zugänglichkeit in die Wege zu leiten, um die Attraktivität
168 der Innenstadt als Einkaufszentrum zu erhalten und zu erhöhen. Die Zugänglichkeit mit
169 allen Verkehrsträgern und das Parken dürfen nicht weiter eingeschränkt werden.

170 2. Der Magistrat wird aufgefordert, zur Vorbereitung der konzertierten Aktion die
171 zuständigen Dezernate zu beauftragen, bis Ende 2024 ein (Maßnahmen-)Konzept zur
172 Aufwertung der Innenstadt zu erarbeiten. Dieses (Maßnahmen-)Konzept soll die
173 Empfehlungen der Studie „Vitale Innenstadt 2022“ (IFH, 02/2023) und den Masterplan
174 ErlebnisCity (Mai 2022, Stadt Frankfurt) berücksichtigen.

175 3. Das Konzept soll als Prioritätsthema der aktuellen Koalition in dieser Legislaturperiode
176 beschlossen und umgesetzt werden.

177 4. Wir fordern die Neugestaltung der Hauptwache inkl. Sanierung der B-Ebene.

178 **IV. Monitoring**

- 179 1. Wir fordern, für alle Maßnahmen quantitative Messgrößen (KPI) zu definieren.
- 180 2. Wir fordern, die Wirksamkeit aller Maßnahmen regelmäßig zu prüfen und zu
- 181 berichten.

Begründung:

Frankfurt ist stark!

Mit 2.744 Euro Steuereinnahmen pro Einwohner war Frankfurt im Jahr 2020 Spitzenreiter in Deutschland. 2022 verzeichnete die Stadt Steuereinnahmen von 3,5 Mrd. Euro, 2023 spülte alleine die Gewerbesteuer mehr als 3 Mrd. Euro in die Stadtkasse. Nach dem Finanzsektor sind die großen Industrieunternehmen die bedeutendsten Steuerzahler. Alleine das verarbeitende Gewerbe investiert jährlich eine halbe Milliarde Euro in der Stadt. 800.000 Erwerbstätige, davon 400.000 Einpendler, erzeugen eine Kaufkraft, die 14 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Diese Leistungskraft beruht auf der Stellung Frankfurts

- als Oberzentrum in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main,
- als europäischem Finanzzentrum,
- als Verkehrsdrehscheibe für Menschen und Waren (Straßen-, Bahn-, Luft- und Schiffsverkehr);
- als Distributionsdrehscheibe für Waren (Messe- und Einzelhandel),
- als Kommunikationsknoten für Daten (Rechenzentren) und für Informationen (Standort für Verbände, Unternehmenszentralen und konsularische Vertretungen) und
- als Produktionsstandort mit den Leitbranchen Maschinenbau, Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Lebensmittelindustrie, Metallindustrie, Pharma- und chemische Industrie.

Diese Leistungen werden von Menschen erbracht, die ein attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld brauchen. Dazu gehören attraktive und bezahlbare Angebote zu Wohnen, Mobilität, Kultur, Bildung, Sport und Freizeit verbunden durch ein Klima der Toleranz, Internationalität.

Frankfurt wird schwächer!

Das sind starke Fakten, aber wie lange noch? Produzierende und Dienstleistungs-Unternehmen wandern ab. Die Messe hat die IAA verloren. Besonders bedrohlich entwickelt sich die Situation für den Produktionsstandort, für den sich heute schon die Energiekosten und absehbar die künftige Rohstoff- und Energieversorgung zu einer existenziellen Herausforderung entwickeln. Für die Unternehmen wird es immer schwieriger, Personal zu finden und zu halten. Abgesehen von der angespannten Wohnraumsituation für bestimmte Einkommensklassen behindert die aktuelle Verkehrspolitik Einpendler. Engpässe in der Verwaltung erschweren die Anwerbung von (internationalen) Fachkräften.

Der Einzelhandel ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität einer Stadt, für Beschäftigung und Wertschöpfung. Frankfurt fungiert als Oberzentrum der gesamten Metropolregion FrankfurtRheinMain mit 5,8 Millionen Einwohnern. Der Frankfurter Einzelhandel hat deshalb eine besondere, über die Stadt selbst hinausgehende Bedeutung. Die Studie „Vitale Innenstadt 2022“ (IFH, 02/2023) hat das bestätigt. Sie dokumentiert die Erwartungen der Konsumenten an die Innenstadt als Einzelhandels- und Geschäftszentrum für Waren, Gastronomie, Kultur und Sport und kommt zu dem Ergebnis, dass Frankfurt als Einzelhandelsstandort im Vergleich mit anderen Städten allenfalls Durchschnitt ist und noch dazu an Attraktivität zunehmend einbüßt. Diesem Abwärtstrend muss gegengesteuert werden.

Bemängelt wird die Zugänglichkeit mit dem Auto, die gerade Kunden von außerhalb, die bereit sind überdurchschnittlich viel Geld auszugeben, am Besuch der Innenstadt hindert. Genannt werden aber auch die mangelnde Aufenthaltsqualität bezüglich der Qualität der Plätze (z.B. rohe Antiterror-Betonblöcke an Hauptwache und Opernplatz), Sauberkeit (z.B. U-Bahn-Stationen) und (gefühlter) Sicherheit (z.B. U-Bahn-Station Eschenheimer Turm).

Misstände müssen beseitigt und Engpässe vermindert werden. Dabei darf der Blick nicht auf rein wirtschaftliche Aspekte beschränkt bleiben. Der wirtschaftliche Erfolg unserer Stadt hängt einerseits sowohl von der ökologischen Gesundheit ihrer Flächen, ihrer Gewässer und ihrer Luft, von Sauberkeit und Sicherheit, als auch einer leistungsfähigen, diskriminierungsfreien und sich gegenseitig belebenden Stadtgesellschaft ab. Andererseits wirken wirtschaftliche Entwicklungen und Maßnahmen zwangsläufig auf ökologische und gesellschaftliche Faktoren zurück. Unsere wirtschaftspolitischen Forderungen müssen deshalb die ökologischen und gesellschaftlichen Implikationen im Blick haben, dürfen weder schädigend noch einschränkend wirken. Vielmehr bedarf es gerade von städtischer Seite eines stimmigen Gesamtkonzepts, das den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trägt und die Grundlage für die zukünftige positive Weiterentwicklung des erfolgreichen Standorts legt.

Frankfurt muss eine Strategie entwickeln und umsetzen!

Strategische Grundlage für die Entwicklung der Industrie deshalb der 2016 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Masterplan Industrie (Magistratsbeschluss M182). Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen, Infrastruktur und Personal und weiteren Handlungsfeldern wird in dem Masterplan angesprochen. Was aber seit 2016 enorm an Bedeutung gewonnen hat, sind die gesetzlich bis 2045 geforderte Klimaneutralität und die dazu erforderliche Intensivierung der Kreislaufwirtschaft. Gefordert sind weniger CO₂-Emission und mehr Recycling. Die Industrie stellt deshalb bereits auf Erneuerbare Energien (Strom) um und verwertet insbesondere Papier, Glas und Metalle. Reicht das? Noch wird Bauschutt wenig und wird nur ein Teil der Kunststoffe recycelt; Abwärme geht weitgehend ungenutzt in die Luft, ebenso wie CO₂. Angesprochen sind alle Branchen; noch wird den Prinzipien der Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft nur ansatzweise gefolgt.

Das darf nicht so bleiben: Beispielsweise wird zur Verwertung von CO₂ in Höchst bereits eine Pilotanlage vorbereitet (INERATEC). Ebenfalls in Höchst läuft eine Pilotanlage zum Kunststoff-Recycling (ARCUS). Bei der Proxadis Hochschule wird mit 20 Millionen Euro die industrielle Verwertung von Bio-Abfällen entwickelt, Mainova untersucht Wasserstoff als Energieträger und mehrere Rechenzentren verwerten ihre Abwärme. Um solche Innovationen in der Breite umzusetzen, braucht es Unternehmen, Personal, Geld, Flächen, Infrastruktur, eine innovationsfreundliche Verwaltung und - nicht zuletzt - eine Strategie.

Wir fordern deshalb, den Masterplan Industrie um das Handlungsfeld Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft zu erweitern und dieses Thema als zentrales Element der kommunalen Wirtschaftsstrategie voranzutreiben. Um neue Strukturen zu vermeiden, soll der bereits eingerichtete ehrenamtliche Beirat Industrie der Wirtschaftsförderung Frankfurt dieses Thema zusätzlich aufnehmen. Es geht darum, die sich ändernden Standortanforderungen u.a. bezüglich der logistischen Infrastruktur, der Energie- und Rohstoffversorgung und des Personals zu bestimmen.

Das betrifft nicht nur Frankfurt allein, sondern ist als Gemeinschaftsaufgabe mit der Metropolregion Frankfurt/-Rhein-Main anzugehen. Nur ein kleiner Teil der anstehenden Aufgaben ist von städtischen Ämtern direkt umsetzbar; ein Großteil dagegen von den 167 kommunalen Beteiligungen der Stadt, die mit Verkehr, Ver- und Entsorgung, Wirtschaft und Stadtentwicklung befasst sind. Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, dafür zu sorgen, dass diese städtischen Beteiligungen der Strategie zu einem modernen Wirtschaftsstandort folgen.

Die Transformation der kommunalen Infrastruktur für eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft ist eine Jahrhundertaufgabe, die einerseits nur dezernatsübergreifend erreicht werden kann, andererseits aber auch eine bedarfsgerechte Ausstattung des federführenden Dezernats für Wirtschaft, Recht und Stadtmarketing braucht. Heute gehört dieses Dezernat zu den drei am geringsten ausgestatteten; das muss sich ändern.

Angesichts der langen Planungs- und Verwaltungszeiten ist die Zeit bis 2045 knapp. Wir haben deshalb sämtliche Handlungsfelder dieses Antrags im Koalitionsvertrag verankert und müssen jetzt, in dieser Legislaturperiode, dezernatsübergreifend mit der Strategieentwicklung, Verabschiedung und ihrer schrittweisen Umsetzung, beginnen! Nur so kann Frankfurt im nationalen und internationalen Standortwettbewerb bestehen.